

Streit um das Kernkraftwerk geht nun in die höchste Instanz:

Revision zu Brokdorf beim Bundesverwaltungsgericht

Ino Brokdorf. Der Brokdorfer Diplom-Meteorologe Karsten Hinrichsen wird nun doch Revision beim Bundesverwaltungsgericht gegen das Urteil des Lüneburger Obergerichtes hinsichtlich der zweiten und damit letzten Teilbetriebserlaubnis für das Kernkraftwerk Brokdorf (Kreis Steinburg) beantragen.

Das Lüneburger OVG hatte Hinrichsens Klage abgewiesen und Revision dagegen nicht zugelassen. Diesen Beschluß hob das Bundesverwaltungsgericht auf und ließ stattdessen die Revision ausdrücklich zu. Unter anderem will Hinrichsen klären lassen, ob nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl wegen der hohen

Strahlenbelastung die Genehmigungsverfahren für Kernkraftwerke „normal“ weiterlaufen dürfen. Gleichermäßen soll geprüft werden, ob bei dem Genehmigungsverfahren in Brokdorf die besonderen klimatischen Verhältnisse in der Wilster Marsch an der Elbe berücksichtigt werden müssen.

EJZ

Atom-Unfall

Ein Arbeitsraum in der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage von La Hague (Frankreich) ist radioaktiv verseucht worden. Wie die Betreiberfirma Cogema mitteilte, drangen dort radioaktive Staubpartikel ein, nachdem ein Ventilator wegen einer Stromunterbrechung etwa eine Viertelstunde stillgestanden hatte. Es habe sich niemand in dem Raum aufgehalten.

Atomskandal ficht Union nicht an

Ausschlußmehrheit findet keinen Grund für Ausstieg

BONN, 12. September (dpa). Für die Koalitionsmehrheit im Atom-Untersuchungsausschuß ist der im Herbst 1987 aufgedeckte Skandal um rund 2500 falsch deklarierte Atomüllfässer kein Grund, auf Atomkraftwerke zu verzichten. Dagegen meinen SPD und Grüne, die Untersuchungen hätten belegt, daß die friedliche Nutzung von Atomenergie zu riskant sei. Mit diesem Ergebnis endete die zweieinhalbjährige Arbeit des Untersuchungsausschusses.

Er war im Januar 1988 eingesetzt worden, um die Affäre um falsch ausgezeichnete Atomüllfässer zu klären, die von der inzwischen aufgelösten Hanauer Firma Transnuklear befördert worden waren. Außerdem ging es um den bisher nicht bestätigten Verdacht, deutsche Firmen hätten illegal Uran und Atomtechnik nach Libyen oder Pakistan exportiert.

Die Koalitionsvertreter im Ausschuß, Klaus Harries, Gerhard Friedrich (beide CDU) und Ulrich Imer (FDP), versicher-

ten, die internationale Atommaterialüberwachung durch die Wiener IAEO-Behörde und die EURATOM habe sich als zuverlässig und wirksam erwiesen. Die Bundesrepublik „sei eines der am intensivsten überwachten Länder“.

Zu den Schmiergeldzahlungen in Millionenhöhe im Zusammenhang mit der Transnuklear-Affäre sagten die Koalitionsvertreter, diese seien „nur Fälle von Vermögenskriminalität“. Die SPD sieht das anders: Die Schmiergeldaffäre sei kein einmaliger Ausrutscher, sondern ein „Skandal der Atomwirtschaft insgesamt“. Bestochene säßen teilweise noch heute in deutschen Atomkraftwerken.

Die Koalition meint, für illegale Uranschiebereien habe auch die Staatsanwaltschaft „Null Komma Null Beweise“ gefunden. Dagegen sagten Vertreter der Opposition, deutsche Exporte von Nuklear-technik hätten dazu beigetragen, daß Länder der Dritten Welt inzwischen Atomwaffen herstellen könnten.

Thule: Arbeiter fordern Entschädigung

Mehr als 20 Jahre nach radioaktiver Verstrahlung zahlt dänische Regierung noch keine Entschädigung

Kopenhagen — Bis zum Wochenende hat die dänische Regierung noch Zeit über eine freiwillige Entschädigung für Gesundheitsschäden zu entscheiden. Anschließend sollen die Gerichte bemüht werden. Mit diesem Ultimatum hatte Mitte September im dänischen Odensee die Generalversammlung der „Strahlenverseuchten Thule-Arbeiter“ geendet. 100.000 Kronen (etwa 25.000 DM) pauschal pro Person lautet die eher

symbolische Forderung. Außerdem sollen die Gesundheitsbehörden alle Daten über die radioaktive Verstrahlung und deren bislang festgestellte Folgen zugänglich machen.

Über 22 Jahre warten Hunderte von Arbeitern bereits darauf entschädigt zu werden: Am 21. Januar 1968 war ein US-Atombomber vom Typ B-52 auf das Eis vor Thule in Nordgrönland abgestürzt. Angeblich vier Atombomben waren an Bord

— die USA verweigerten stets genaue Zahlen —, unbekannt Mengen radioaktiven Plutoniums — Greenpeace schätzt 20 bis 35 kg — und Tritiums schleuderten durch die Gegend. Eine Explosion blieb nur deshalb aus, weil die Bomben — nach US-Angaben — nicht mit einem Zünder versehen waren. 1.200 Arbeiter — die meisten Freiwillige aus Dänemark, aber auch zwangsweise verpflichtete Gefangene aus grönländischen Haftanstalten — wurden für die Aufräumarbeiten eingesetzt. Ohne über die wirklichen Gefahren informiert worden zu sein, wühlten sie wochenlang im radioaktiven Schnee und Eis nach verstrahlten Wrackteilen.

Nach Jahren häufen sich die „rätselfhaften“ Erkrankungen bei den Arbeitern. Ein Selbsthilfekomitee wird gegründet, die Öffentlichkeit alarmiert, eine systematische Gesundheitsuntersuchung der Überlebenden eingeleitet. Zum 20. Jahrestag des Unglücks, Anfang 1988, die erschreckende Bilanz: Die Krebssterblichkeitsrate der Thule-Arbeiter ist gegenüber dem Durchschnitt der männlichen Bevölkerung doppelt so hoch. Fast alle klagen über typische

Symptome von Strahlenkrankheiten: Leberschäden, nicht heilende Wunden, Müdigkeit, Erstickenanfalle, Gewichtsverlust, extreme Anfälligkeit für Infektionen, eingeschränkte Fruchtbarkeit.

Gerade noch rechtzeitig vor Ablauf der 20jährigen Verjährungsfrist erheben Hunderte von Arbeitern eine Klage vor einem US-Gericht — das sich für nicht zuständig erklärt. Dänemarks Ministerpräsident Schlüter verspricht großzügige Entschädigung und hebt unter dem öffentlichen Druck die ebenfalls 20jährige Verjährungsfrist nach dem dänischen Arbeitsschadensgesetz auf. Doch mehr als 2 Jahre danach ist aus den großen Versprechungen der üblichen Expertenstreit um die „Beweise“ für die Ursächlichkeit der Gesundheitsschäden geworden, die die Arbeiter in der Polarnacht vor 22 Jahren davongetragen haben. Juristische Beweise dürften aber erst recht von den Gerichten eingeklagt werden, sollte sich die Regierung nicht zu einer freiwilligen Entschädigung durchringen. Deshalb der dringende Appell der Arbeiter und Hinterbliebenen an die dänische Regierung.

Reinhard Wolff

AKW mit Banane

Brokdorf: Verbindungsrohr krümmt sich wie die gelbe Frucht

Hamburg (taz) — Das AKW Brokdorf, das am 5. August zur Jahresrevision abgeschaltet worden war, wird vorerst nicht wieder ans Netz gehen. Ursache für das vorübergehende Aus ist die „Surge-Line“, ein 15 Meter langes Verbindungsrohr zwischen Primärkreislauf und dem „Druckhalter“. In dem US-Atomkraftwerk Trojan waren plastische Verformungen an solch einer Surge-Line festgestellt worden. Durch die starken Temperaturunterschiede an dem Rohrstück komme es, so Schleswig-Holsteins Energieminister Günther Jansen, zum sogenannten „Bananeneffekt“.

Die Leitung krümme sich, weil ihr heißer obere Teil sich stärker aus-

dehne als der untere mit der kalten Wasserschicht. Derartige Belastungen könnten auf Dauer zur Materialermüdung und zum Bruch führen. Die Temperaturunterschiede wurden in Brokdorf ebenfalls gemessen und die Rohrleitung auf Materialverschleiß geprüft. Vor dem Wiederanfahren des AKW soll ein TÜV-Gutachten diese Problematik klären.

Karsten Hinrichsen, Brokdorfgegner der ersten Stunde und Kläger gegen den Atommeiler, bezeichnete gestern die vorübergehende Abschaltung als „Nadelstich-Taktik von Energieminister Jansen“, der nur von seinem Versprechen ablenken wolle, den Reaktor endgültig auszuknipsen.

Peter Hermes

taz

Atomversuchsoffer in USA entschädigt

Washington (afp) — Das Repräsentantenhaus der USA hat am Donnerstag einem Gesetzentwurf zugestimmt, der eine Entschädigung für krebserkrankte Bürger vorsieht, die durch Atombombenversuche oder beim Uranabbau radioaktiver Strahlung ausgesetzt waren. Damit soll anerkannt werden, daß die Regierung sich ins Unrecht gesetzt habe, als sie Atomwaffen in der Wüste von Nevada getestet hat, obwohl der Wind in Richtung auf bewohnte Gebiete wehte. Die Entschädigung aus

einem geplanten Fonds von zunächst 100 Millionen Dollar ist auch für Bergarbeiter in Uranminen gedacht, die radioaktiver Strahlung ohne entsprechende Schutzkleidung ausgesetzt waren. US-Präsident George Bush muß das Gesetz noch unterzeichnen. Ebenfalls am Donnerstag fand auf dem Gelände von Yucca Flat in Nevada die unterirdische Sprengung einer 20-Kilotonnen-Atombombe statt. Es war der sechste Atomversuch der USA in diesem Jahr.

Atomaufsicht nun zivil

RIO DE JANEIRO, 28. September (AFP). Brasiliens Präsident Fernando Collor de Mello hat dem Militär die Atomaufsicht entzogen und die Sparte Atompolitik vollständig Technologieminister Jose Goldenberg zugeordnet. Bei einem Gespräch mit brasilianischen Journalisten sagte Collor de Mello jetzt in New York, bei seinem Amtsantritt habe er ein militärisches Forschungsprojekt vorgefunden, das die Entwicklung von Atomanlagen für militärische Ziele zum Zweck gehabt habe. 100 Millionen Dollar seien bereits in das Projekt „Solimoes“ gesteckt worden. Collor de Mello hatte in den vergangenen Wochen mehrfach Gerüchte dementiert, Brasilien plane den Bau der Atombombe.

FR